Mittwoch, den 24. April 1935
Nr. 111 Jahrgang 13
Oplata pocztowa uiszczona ryczaltem
Einzelnummer 10 Groschen



Lodzer Volkszeitung
Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postscheck-Konto 63.508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4

Volksstimme für Teschen-Schlesien

Die neue Verfassung unterzeichnet

Ein Festbankett für zweitausend Personen im Warschauer Schloß. Heute Veröffentlichung der Verfassung.

Gestern abend um 19.30 Uhr fand im Königsschloß in Warschau die feierliche Unterzeichnung der neuen Verfassung durch den Staatspräsidenten Moscicki statt.

Um diesem Akt die entsprechende Weihe zu geben, wurde vorher Weisung gegeben, alle Häuser zu beflaggen, auch war das Königsschloß reich illuminiert. Es wurden die militärischen Verbände sowie einige unter dem Einfluß der Sanacja stehende soziale Organisationen aufgeboten, die mit ihren Fahnen auf dem Platz vor dem Schloß erschienen waren. Außerdem hatten die in Warschau stationierten Truppenteile Ehrenkompanien mit den Regimentsfahnen entsandt, so daß das Militär und die militärischen Verbände das Gros der zur Begrüßung der neuen Verfassung Erschienenen bildete. Nach der Unterzeichnung der Verfassung spielte das Orchester noch die „Erste Brigade" sowie andere Musikstücke. Selbstverständlich ging es auch nicht ohne einigen Hochrufen auf die neue Verfassung und ihre Schöpfer ab. Man hatte gestern von der Veranstaltung von Umzügen durch die Straßen der Stadt abgesehen, nachdem die Umzüge anläßlich der Verfassungsbeschließung keine Zugkraft für die Bevölkerung gewesen sind und eine so geringe Teilnehmerzahl aufzuweisen hatten.

Nach der Unterzeichnung gab der Staatspräsident ein großes Festessen, zu dem 2000 Personen geladen waren. Zugegen war die gesamte polnische Regierung, zahlreiche Abgeordnete und Senatoren, die Spitzen der Geistlichkeit, zahlreiche hohe Militärs und höhere Beamte usw. Die Gäste waren ausschließlich polnische Staatsbürger, um zu unterstreichen, daß es sich um einen Staatsakt handelt, der lediglich Angelegenheit des polnischen Vokes ist. Das diplomatische Korps nahm demgemäß an der Veranstaltung nicht teil.

Die Veröffentlichung der neuen Verfassung im „Dziennik Ustaw" wird heute erwartet. Man ist bemüht, anläßlich der Verfassungsveröffentlichung im Lande größere Feiern zu organisieren. Schon jetzt hat der Kultusminister für sämtliche Schulen gemeinsame Feiern angeordnet, bei denen auf die Bedeutung der neuen Verfassung hingewiesen werden soll.

Die Grundzüge der neuen Wahlordnung.

Nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung wird für die erste Maihälfte die Einberufung des Sejm und Senats zur außerordentlichen Session erwartet, wobei der Ministerpräsident Slawek eine große Rede über die neu zu beschließende Wahlordnung halten wird.

Ueber diese Wahlordnung, mit welcher die Sanacja das Volk „beglücken" will, werden weitere Einzelheiten bekannt. Und zwar sind die grundsätzlichen Punkte dieser neuen Wahlordnung folgende:

1. Die Kandidaten für den Sejm werden nicht wie bisher von den politischen Parteien aufgestellt. Dieses Recht wird künftig einem speziellen Kollegium zustehen, das für jeden Bezirk besonders eingesetzt wird und dem Vertreter von Institutionen öffentlich-rechtlichen Charakters und der territorialen Selbstverwaltungen angehören werden. Dieses Kollegium wird eine doppelt so hohe Zahl von Kandidaten nennen, als Mandate in dem betreffenden Bezirk zu vergeben sind.

2. Die Wahlen zum Sejm werden allgemein, gleich, geheim und direkt sein. Dagegen fällt der Grundsatz der Verhältniswahl weg. Das Alter der Wahlberechtigung wird von 21 auf 24 Jahre erhöht. In den einzelnen Bezirken werden zwei bis drei Mandate zu vergeben sein. Die Zahl der Sejmabgeordneten wird 300 gegenüber 444 bisher betragen.

3. Die Zahl der Senatoren wird unverändert bleiben und 111 betragen. Ein Drittel der Senatoren wird vom Staatspräsidenten ernannt und der Rest gewählt werden. Die Wahlen zum Senat werden jedoch **weder allgemein, noch gleich und direkt sein,** wobei ein **Alters- und ein Bildungszensus** verpflichtend sein wird. Das System der Aufstellung der Kandidaten wird für den Senat ein anderes sein als beim Sejm. Die Zahl der Wahlberechtigten zum Senat wird in ganz Polen eine Million nicht übersteigen.

Des sind, den bisher bekanntgewordenen Einzelheiten zufolge, die allgemeinen Grundzüge der neuen Wahlordnung. Die Wahlen auf Grund dieser neuen Wahlordnung sollen noch in diesem Jahr stattfinden.

Bulgarien ändert Staatsordnung.

Sofia, 23 April. König Borys hat nach der Bildung der Regierung durch Andrej Toschoff einen Aufruf erlassen, in dem er auf die Notwendigkeit eines „Umbaus der Staatsordnung im Sinne der neuen Zeiten" hinweist. Diese Aenderungen der Staatsordnung werden ihren Ausdruck in der neuen Staatsverfassung finden. Die neue Verfassung wird dem Volke zur „Approbation" gestellt werden.

Die neue Regierung hat die Anordnung der Internierung der ehemaligen Ministerpräsidenten Zankoff und Georgieff aufgehoben.

Blutige Wahlkampagne in Jugoslawien.

Belgrad, 23. April. Bei der Wahlkampagne in Jugoslawien ist es in verschiedenen Städten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In Cetinje wurde der Kandidat der Regierungspartei Zuber bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern erschlagen. In Split wurde der ebenfalls von der Regierungspartei als Kandidat aufgestellte ehem. Minister Dr. Angelinowicz schwer verletzt In Split ist auch ein Kandidat der Opposition schwer verletzt worden.

Die griechischen Kriegsgerichte bei der Arbeit.

Saloniki, 23. April. Das Kriegsgericht hat in dem Prozeß gegen 52 Aufständische das Urteil gefällt. Zwei der Angeklagten wurden zu lebenslänglichem Kerker, fünf zu 6 bis 15 Jahren und 18 zu ½ bis 5 Jahren Kerker verurteilt. 27 Angeklagte wurden freigesprochen.

In einem weiteren Prozeß in Athen wurden die Generäle Papulas, Kinis und Baka, die der Beteiligung an der Organisierung des Aufstandes beschuldigt wurden, zum Tode verurteilt. Der Führer der Aufstandsbewegung in Thrazien, General Kamenos, und 9 weitere höhere Offiziere des Aufständischenstabes, die nach Bulgarien geflüchtet sind, wurden vom Kriegsgericht in Kawal im Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Die offizielle Arbeitslosenziffer.

Den Angaben des Staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes zufolge betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen am 20. April 488 319 Personen, was im Vergleich zur Vorwoche einen Rückgang um 7558 Personen bedeutet.

Eine neue Epoche?

Gestern abend vollzog sich auf dem Warschauer Schloß der letzte Akt einer Epoche Polens, die mit dem Maiumsturz 1926 begann und mit der Annahme der neuen Verfassung ihren Abschluß findet. Der Staatspräsident hat die neue Verfassung unterzeichnet, die heute veröffentlicht wird und somit in Kraft tritt. Es soll nich geleugnet werden, daß diese fast neunjährige Epoche des Pilsudski-Regimes konsequent darauf gerichtet war, Polen eine neue Lebensform zu geben, die in einer neuen Verfassung ihren Ausdruck finden sollte. Mannigfaltig waren die Versuche, das System zu stabilisieren, welches zwar politisch eine Verankerung fand, aber wirtschaftlich weit hinter allen Erwartungen blieb. Waren auch vielfach Bestrebungen im Gange, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, und haben die verschiedensten Männer dahingehende Versuche unternommen, sie blieben ohne Erfolg, wie dies die Arbeitslosenziffern beweisen und die fortgesetzte Schließung von Betrieben diesen Tatsachen den unwiderleglichen Ausdruck verleiht. Man scheint sich auch im Kreise der verantwortlichen Träger des herrschenden Systems darüber klar zu sein, daß alle politische Stabilisierung nichts nützt, wenn es nicht gelingt, zugleich eine Entspannung in der Wirtschaft herbeizuführen, die in Polen besonders nachteilig wirkt, weil man die Verhältnisse zwischen Dorf und Stadt betrachtet. Hier Wandel zu schaffen, soll nun das Hauptziel der kommenden Politik sein, das aber wiederum auf Monate zurückgestellt wird, weil im Vordergrund der nächsten Wochen und Monate die Neuwahlen für den Sejm und Senat stehen werden.

Es soll hier nicht untersucht werden, wie weit schon eine Einigung über die kommende Wahlordination im Regierungslager selbst erzielt worden ist. Auf alle Fälle stehen wir aber im Zeichen einer Entradikalisierung innerhalb des Regierungsblocks, wobei es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß der Regierungschef Slawek, der Träger des konservativen Flügels innerhalb des bisherigen Regierungsblocks, den Kurs bestimmen wird und dadurch manche Draufgänger, die sich Arbeitspartei, Arbeitsfront, die Eroberer des „grauen Menschen", die Anhänger der radikalen Jugend usw. nennen, bei der Aufstellung der Kandidaten übergangen werden, da mit dem Aufleben der neuen Verfassung und ihrer Verankerung auch der Kurs von der Sozialpolitik zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung eine Verschärfung erfahren wird. Ohne Zweifel, daß man in erster Linie eine Beruhigung der breiten Massen anstreben will, indem man durch die Bildung eines Sondervertreters für den Ministerpräsidenten auch ein besonderes Wirtschaftsministerium schaffen will, welchem angeblich der frühere Wirtschaftsminister Kwiatkowski vorstehen soll. Es soll der Krise gesteuert werden, indem den Investitionsarbeiten besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Bestrebungen, Polen von dem Verlauf der Wirtschaftskrise in der übrigen Welt abseits zu halten, die in Oberst Prystor ihren schärfsten Exponenten fanden, haben versagt, und alles wird schließlich davon abhängen, ob es Kwiatkowski gelingen wird, sich durch die geplanten Investitionsarbeiten eine Untermauerung des ganzen Regierungssystems zu verschaffen oder ob weiter experimentiert wird, wodurch die wirtschaftlichen Gegensätze nur noch vertieft würden.

Nicht nur die Neuwahlen allein sind es, die hier im Vordergrund stehen. Die Regierung selbst muß in den nächsten Monaten zeigen, daß nicht nur die Verfassungsreform den Erfolg sichern soll, sondern die Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Von dem Sommererfolg der Regierung in der Wirtschaft wird der Ausgang der Wahlen zum Sejm abhängig sein. Denn heute gibt man sehr wenig auf Versprechungen, zumal man seit 1930 seine Erfahrungen hat. Denn von den schönen Plakaten, die so herrlich die Aufbauarbeit des Systems zeigten, sind leider nur Illusionen übrig geblieben, und der Kampf, den man damals gegen die „Staatsfeinde" ankurbelte und nochmals alle Schuld des Versagens auf sie abschob, hat im Verlauf der letzten Jahre in manchem Skandal um den Sanierungsblock seinen Niederschlag gefunden, so daß einige Zeit ernsthafte Bestrebungen im Gange waren, eine durchgreifende Reinigung des Regierungslagers durchzuführen.

welche nicht nur der gegenwärtige Premier Slawek selbst, sondern auch der frühere Ministerpräsident Prystor mit allem Nachdruck ankündigte. Man hat zwar in einigen Personen die „Sündenböcke“ bloßgestellt, aber im System selbst kracht es weiter, und hätte man in manche Institution nicht rechtzeitig einen Kommissar entsandt, wir hätten ganz andere Ueberraschungen erlebt.

Die neue Verfassung ist nun unterzeichnet, ein festliches Bankett auf dem Schloß hat diese Periode des Abwartens und Aufbauens abgeschlossen, und eine neue Periode oder Epoche im polnischen Staatsleben beginnt. Sie findet im Abgang einer Regierung Slawek ihren Abschluß und kommt mit Slawek als Premier wieder, allerdings mit Absichten, die heute noch nicht allen bekannt sind. Neuwahlen allein sind nicht das Entscheidende, wohl aber, unter welchen Voraussetzungen sie stattfinden werden. Das alte Wahlsystem ist dahin, das neue wird ausschließlich zu dem Zweck „reformiert“, um dem bisherigen Regierungskurs die Mehrheit im kommenden Sejm zu sichern, im Senat wird man ohnehin durch die Berufung eines Teils der Senatoren dafür sorgen, daß die Regierung die Mehrheit besitzen wird. Aber eines muß hierbei ganz besonders unterstrichen werden: durch die Art der neuen Verfassung soll die Arbeiterklasse aus dem politischen Leben ausgeschaltet werden. Sie wird nicht mehr imstande sein, sich Vertreter eigener Wahl zu bestimmen, sondern auf Voraussetzungen angewiesen sein, deren Inhalt uns heute noch nicht bekannt ist.

Die neue Epoche wurde vor Wochen bereits in der „Gazeta Polska“ angekündigt und der Opposition zum Bewußtsein gebracht, daß sie selbst als politischer Faktor ausscheiden wird. Dies wurde damals sehr deutlich gesagt, wobei die Inkrafttretung der neuen Verfassung als der Beginn einer grundlegenden Aenderung unseres ganzen politischen Lebens bezeichnet wurde. Diese Aenderung soll darin bestehen, daß man die alten Parteien beseitigt und eine einzige Partei ans Ruder bringt. Aber nicht mehr die Volksvertretung wird den Gang der Staatsereignisse bestimmen, sondern die gesamte Staatsmacht geht vom Staatspräsidenten aus, und hier wird erst nach den Neuwahlen die Entscheidung fallen, in welcher Richtung die Machtausübung erfolgen wird. Zweifellos eine neue Epoche, wobei es eine andere Frage ist, ob sie wirklich zum Wohl des Volkes auslaufen wird.

Gegen Faschismus und Kriegsgefahr!

Der Maiaufruf der Internationale.

An die Arbeiter aller Länder!

In einer Welt voll Elend und Sklaverei, erfüllt von Kriegsgefahr und Kriegsvorbereitung, rüsten die Arbeiter und Sozialisten zum 1. Mai.

Fast sechs Jahre dauert die Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Ratlos stehen die herrschenden Klassen der Massennot gegenüber, die die Frucht der kapitalistischen Profitwirtschaft ist. Hemmungslose Senkung der Löhne der breiten Massen — das ist das einzige Mittel, mit dem sie die Krise überwinden wollen. Hochschutzzölle und vom Nationalismus aufgepeitschtes Streben nach der Abschließung der einzelnen Länder, der Autarkie, haben mit dem Welthandel die internationale Arbeitsteilung zerstört, ohne die der wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt der Menschheit undenkbar ist.

Die großkapitalistische Wirtschaftspolitik droht, eine neue Epoche wirtschaftlicher Barbarei herbeizuführen und das Chaos der Krise zu verewigen.

Zu dem wirtschaftlichen Elend fügt die kapitalistische Entwicklung die Sklaverei. Auf die Verheerungen der Krise folgt die faschistische Offensive. Wo der Kapitalismus die Wirtschaft zum Leichenfeld gemacht hat, dort sucht der Faschismus seine Beute. Zum Raub der Existenz fügt er den Raub der Freiheit. Er nimmt der arbeitenden Bevölkerung mit ihren Rechten die letzte Möglichkeit, sich gegen den kapitalistischen Druck zur Wehr zu setzen. Er will die Spaltung der Gesellschaft in Herren und Knechte, in Reiche und Arme verewigen.

Aus Krisennot und Faschismus vereinigt, geht schließlich die schlimmste aller Gefahren hervor, die die Menschheit bedrohen, die Kriegsgefahr.

Der Wirtschaftsnationalismus hat mitgeholfen, den Boden vorzubereiten, auf dem der hemmungslose politische Nationalismus wachsen konnte. Mit dem Herrschaftsantritt des Faschismus haben sich die nationalistischen und militaristischen Kräfte der Staatsgewalt bemächtigt. Von Hitler-Deutschland geht die Kriegsgefahr in Europa, vom militarisierten Japan der Kriegsbrand in Asien aus. Das faschistische Italien macht sich die Bindung der europäischen Demokratien durch die Gefahren des deutschen Faschismus zu Nutze, um in Ostafrika auf Raub auszugehen. Die Kriegsvorbereitung der faschistischen Länder haben das Stichwort zu einem neuen Rüstungswettlauf in der Welt gegeben.

Der 1. Mai soll die Arbeiter und Sozialisten mobilisieren zum Kampf

gegen die Krisennot der kapitalistischen Wirtschaft,
gegen die faschistische Sklaverei,
gegen die Kriegsgefahr und das Wettrüsten,
für eine Wirtschaftspolitik planmäßiger Krisenbekämpfung,
für die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie,
für einen schlagkräftigen Völkerbund, der jedem Angreifer eine übermächtige Kraft friedensfreundlicher Staaten entgegenstellt!

Aber wir wissen, daß die Erfüllung dieser Forderungen noch nicht genug ist.

Die Krise wird erst dann überwunden, der Gefahr künftiger Krisen erst dann vorgebeugt sein, wenn die werktätigen Massen die politische Macht erobert und die sozialistische Wirtschaftsordnung aufgerichtet haben!

Die Freiheit in der Welt wird erst dann gesichert sein, wenn nicht nur in den Ländern der Demokratie die faschistische Gefahr beseitigt, sondern auch in den Ländern des Faschismus die heldenhaften Kämpfer für Freiheit und Sozialismus die faschistische Staatsgewalt gestürzt und dem Sozialismus die Macht erobert haben!

Der Friede wird erst dann gesichert sein, wenn jeder Mißbrauch des Völkerbundes durch Nationalismus und Imperialismus unmöglich gemacht und seine Führung in die Hände sozialistischer Staatsgewalten gelegt wird!

Darum soll dieser 1. Mai ein Signal sein zur Sammlung für eine neue Offensive!

Es lebe der internationale, befreiende, friedenssichernde Sozialismus!

Brüssel, April 1935.

Die Geschäftskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Nach dem Schandurteil im Wiener Schutzbundprozeß.

Dem Staatsanwalt sind die Strafen zu niedrig.

Wien, 23. April. Wie die Blätter melden, hat der Staatsanwalt im Prozeß gegen die 21 Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes hinsichtlich des Strafausmaßes bei 17 Verurteilten Berufung eingelegt. Die Berufung erstreckt sich nicht auf Alexander Eifler, Rudolf Löw und Josef Sispela, die zu 18, bzw. 15 und 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurden. Auch gegen den Freispruch des Angeklagten Wilfried Six hat der Staatsanwalt keine Berufung eingelegt. Für die übrigen Angeklagten fordert der Staatsanwalt ein höheres Strafausmaß. Namens der gesamten Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Preßburger die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das gesamte Urteil eingebracht. Es wird deshalb eine neue Verhandlung vor dem Oberlandesgericht stattfinden.

*

Die Arbeiter maßlos erbittert.

Entgegen den Meldungen der gleichgeschalteten Presse wurde das Urteil im Schutzbundprozeß keineswegs „ruhig“ aufgenommen. Regierung und ihre Presse hüten sich davor, mitzuteilen, was sich in den Nachmittagsstunden vor den Toren des Landesgerichts, vor dem tausende Menschen angesammelt waren, abgespielt hat. Unter den Massen befanden sich die Verwandten der 21 tapferen Schutzbündler, die gültige Eintrittskarten in den Gerichtssaal hatten, jedoch vor dem geschlossenen Tor zurückgewiesen wurden. Schon dieser Umstand löste bei den Angesammelten große Erbitterung aus, die sich schließlich in stürmischen Demonstrationen in der Alserstraße, in „Pfui-Rufen“ auf die Regierung und lauten „Freiheits“-Rufen ausdrückte. Als das Schreckensurteil bekannt wurde, bemächtigte sich der Wartenden eine nicht zu beschreibende Erbitterung. Die Frau des verurteilten Schutzbündlers Bechert erlitt auf der Straße, als sie das Urteil erfuhr, einen Nervenzusammenbruch, sie bekam einen Schreikrampf und stürzte ohnmächtig zusammen. Das nahmen die Polizisten zum Anlaß, mit dem Gummiknüppel auf die bewußtlose Frau einzuhauen und sie durch den Straßenkot in brutalster Art in die Wachstube zu schleppen. Später traf vor dem Landesgericht Militär ein, die das ganze Gerichtsgebäude zernierte.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich schon mittags in der ganzen Stadt das Urteil, obgleich die Regierung den Zeitungen schon vorher verboten hatte, Extraausgaben herauszugeben. Trotzdem konnte bereits um 2 Uhr nachmittags durch ein illegales Flugblatt den Arbeitern Kenntnis von dem barbarischen Urteil der austrofaschistischen Schandjustiz Kenntnis gegeben werden. In den Abendstunden kam es in den Arbeiterbezirken zu großen spontanen Protestkundgebungen, die der Faschistenpolizei wieder Gelegenheit gab, sich als brutale Prügelgarde zu bewähren.

Deutsch-japanische Zusammenarbeit in der Mandschurei.

Paris, 23. April. Nach einer Agenturmeldung aus Berlin hat die Firma Krupp im Wege des deutschen Handelsattaches in Tokio der japanischen Regierung Vorschläge für eine deutsch-japanische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet in Mandschukuo unterbreitet. Das hierzu notwendige Kapital soll von japanischen Banken beigestellt werden, während Deutschland Ingenieure, Spezialisten und Patente zur Verfügung stellen will. Die Wirtschaftsführer von Mandschukuo sollen bereits ihre Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen gegeben haben. Vorläufig soll sich die deutsch-japanische Zusammenarbeit auf die Woll- und Zuckerindustrie, sowie auf den Ausbau des mandschurischen Eisenbahnnetzes erstrecken.

Ein Parlament der Arbeit.

Unter diesem Titel schreibt der „Sozialdemokrat“ in einer Würdigung der Leistungen des aufgelösten Parlaments der Tschechoslowakei u. a.: „Daß während einer so langen Zeit eine parlamentarische Mehrheit, die trotz des Abfalles zweier kleinerer Parteien in ihrer wesentlichen Zusammensetzung dieselbe blieb, die Politik des Landes leitete, zeigt schon rein äußerlich das Bild einer politischen Stabilität, die inmitten schwerster Erschütterungen in unmittelbarer Nachbarschaft die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten hat. Das muß angesichts der mitteleuropäischen Reaktion als große Leistung gewertet werden.“

Die Arbeitslosigkeit der Jugend.

Die 19. Internationale Arbeitskonferenz, die am 4. Juni d. J. beginnt, wird sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit der Jugend befassen. Zu diesem Zwecke hat das Internationale Arbeitsamt einen besonderen Bericht herausgegeben. Entsprechend der Entschließung, die der Konferenz zur Annahme vorgelegt wird, soll entweder ein Fragebogen oder eine Reihe von Empfehlungen — die gewöhnlich allerdings erst auf der nächsten Tagung feste Form gewinnen — den Regierungen aller im Internationalen Arbeitsamt vertretenen Regierungen zugestellt werden.

Wirtschaftlicher Ausbau in Sowjetrußland

Auf der Krim wurde der Bau des ersten Gleises der durch schwieriges Gebirgsgelände führenden neuen Eisenbahnlinie Balaklawa—Inkerman vollendet, die die Reichtümer der Krim mit den Hochöfen der Südukraine verbinden soll. — Auch Armenien wird allmählich, ebenso wie Turkmenistan, immer stärker industrialisiert. In den letzten vier Jahren sind auch hier Dutzende neuer Fabriken entstanden, u. a. das Karbidwerk in Eriwar, das Chemiekombinat Karaklis, Zement- und Kalksteinwerke, Tabakfabriken. Die Zahl der Großbetriebe beträgt 127. Am Sewan-See ist ein Wasserkraftwerk im Bau begriffen.

Nach einer durchgreifenden Umgestaltung der Hafenanlagen von Leningrad ist dieser Handelshafen zum größten Sowjetrußlands vorgerückt. Die Zahl seiner Anlegeplätze ist auf 209 vermehrt und im Hafen ist nebst dem Elevator und den Getreidelagerhäusern auch ein mechanisierter Speicher errichtet worden, wodurch gleichzeitig vier Seedampfer ihre Ware entladen können. Besondere mechanische Vorrichtungen sind zur Beschleunigung der Umladung von Holz und Kohle getroffen, da diese beiden Produkte einen sehr beträchtlichen Teil des Warenumschlages ausmachen, der sich im Vergleich der Jahre 1921 und 1934 auf 4,1 Mill. Tonnen verzehnfacht hat.

Kapitalistische Wirtschaftspolitik.

30 Waggon Orangen ins Meer geworfen.

Aus Konstanza wird gemeldet: Zahlreiche Schlepper und Barken brachten aus den Lagerhäusern Kisten mit Orangen, die sie in das Meer versenkten. Insgesamt wurden 30 Waggons oder über eine Million Orangen ins Meer geworfen. Zu dieser Maßnahme entschloß man sich, weil man infolge großer Einfuhr einen Preissturz auf dem rumänischen Markte befürchtete. Tausende von Zuschauern hatten sich an den Ufern eingefunden. Zahlreiche Fischerboote fuhren den Schiffen, welche die Kisten versenkten, nach, um herabgelassene Kisten mit den Orangen aufzufischen, was ihnen aber nicht gelang. — Und das soll die „Gottgewollte“ Wirtschaftsform sein!

Hitler — der alte.

Adolf Hitlers 46. Geburtstag wurde in ganz Deutschland gefeiert. Dem Reichskanzler wurde insbesondere als dem Mann gehuldigt, der Deutschland die Wehrpflicht wiedergegeben hat. Ihm wurden daher auch von der SA und dem Kyffhäuserbund 38 Kampfflugzeuge geschenkt.

Aus den zahlreichen Reden aus Anlaß des Geburtstages ist folgende Stelle aus der Rede Dr. Goebbels im Rundfunk bemerkenswert:

„Die Ziele Adolf Hitlers haben sich nie geändert. Was er heute tut, das hat er schon 1919 gewollt. Wandelbar aber waren immer, entsprechend den jeweiligen Situationen, die Methoden, die er zur Durchsetzung seiner Ziele in Einsatz brachte.“

Also besteht alles, was Hitler in „Mein Kampf“ gegen Frankreich und Polen geschrieben hat, auch weiterhin. Folglich hat Hitler auch die Zurückeroberung des „polnischen Korridors“, Polnisch-Oberschlesiens u. a. mehr nur zeitweilig zurückgestellt, trotz des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes

Rüstet zum Weltfeiertag der Arbeiterschaft!

Am 1. Mai demonstrieren wir gemeinsam mit der Arbeiterschaft der ganzen Welt

Gegen Krieg und Faschismus! Für Brot und Arbeit! Für eine bessere Zukunft unserer Jugend! Gegen Völkerhetzung und Volksbetrug! Für Freiheit und Sozialismus!

Lodzer Tageschronik.

Den Hauswirt erschlagen.

Furchtbare Tat wildgewordener Trunkenbolde in Ruda-Pabianicka.

Ein furchtbares Verbrechen wurde gestern nacht in Ruda-Pabianicka im Hause Staszica 75 verübt. Im ersten Stockwerk dieses Hauses hat der Stanislaw Barabasz eine Wohnung inne, bei dem als Untermieter ein gewisser Kazimierz Grzesiak wohnt. Vorgestern, am zweiten Osterfeiertage, bekam Barabasz Besuch, wobei sich eine ziemlich zahlreiche Gesellschaft versammelte, die dem Schnaps überaus reichlich zusprach. Unter den Teilnehmern am Trinkgelage befanden sich auch zwei Kusinen des Barabasz aus Chojny. Als Barabasz gegen 11 Uhr abends in den Hof hinausging, traf er hier den Hausbesitzer Wojciech Jezierski, gegen welchen er insgeheim einen Groll hatte. Barabasz begann sofort einen Streit mit Jezierski und als er diesem nicht Herr werden konnte, lief er in die Wohnung zurück und überredete seine Gäste, ihm dabei behilflich zu sein, dem Hauswirt einen „Denkzettel" zu geben. Als Jezierski dann an der Wohnung Barabasz vorüberging, stürzten die bereits betrunkenen Gäste des Barabasz aus der Wohnung hervor, schleppten den Jezierski in die Wohnung. Die wildgewordenen Trunkenbolde schlugen nun mit allen möglichen Gegenständen, wie Pletteisen, Hämmer usw. auf Jezierski ein, und als er kein Lebenszeichen mehr von sich gab, warfen sie ihn wieder zur Tür hinaus. Jezierski hatte inzwischen seinen Geist bereits aufgegeben. Herbeigeeilte Nachbarn riefen die Polizei herbei, die Barabasz, Grzesiak und die übrigen an der verbrecherischen Tat beteiligten Personen verhaftete. (a)

Bankschieber aus einer Kleinstadt auf der Anklagebank.

Vor etwas über einem Jahre wurde in dem Städtchen Glowno eine Bank unter dem Namen „Glowienski Bank Udzalowy, G. m. b. H.", gegründet. Die Bankgeschäfte wurden von einer aus 5 Personen bestehenden Verwaltung geführt, an deren Spitze der Kaufmann Aron Flamholc stand. Das neue Bankunternehmen entwickelte eine sehr lebhafte Tätigkeit. Ende Dezember liefen jedoch bei der Polizei u. a. Meldugnen ein, daß die Bank Wechsel, die ihr zum Inkasso übergeben wurden, zwar einkassiert, das Geld an den Auftraggeber aber nicht abgeliefert hat. Die polizeiliche Untersuchung ergab, daß insgesamt 15.000 Zloty in der Bank fehlen, über welche die Bankleitung keine Rechenschaft abgeben konnte. Es wurde daher die gesamte Verwaltung zur Verantwortung gezogen, die sich nun vor dem Stadtgericht in Zgierz zu verantworten hatte Das Urteil für Flamholc und die übrigen vier Verwaltungsmitglieder lautete auf je zwei Jahre Gefängnis. (a)

11 650 Geschäftsläden in Lodz.

Es ist eine Statistik der Geschäftsläden in Lodz verfaßt worden, der zu entnehmen ist, daß es in Lodz am meisten Kolonialwaren- und Lebensmittelläden, nämlich 3621, gibt, dann 875 Fleischläden, 254 Schuhmagazine und 955 Läden mit Konfektions- und Galanteriewaren. Die Zahl der Läden und Geschäfte, die in Lodz mit Manufakturwaren handeln, beläuft sich auf 1520. Insgesamt gibt es in Lodz 11 650 Geschäftsläden. (p)

Kontrolle der Neubauten.

Im Zusammenhang mit dem Beginn der Bausaison hat das Lodzer Wojewodschaftsamt allen Selbstverwaltungen in Erinnerung gebracht, daß Neubauten genau beaufsichtigt werden müssen. Es kommt nämlich allzuoft vor, daß die Maurer- und Zimmermansarbeiten durch Personen ausgeführt werden, die keine genügende Fachkenntnisse besitzen und zur Führung solcher Arbeiten auch nicht berechtigt sind. Im Zusammenhang damit ordnet das Schreiben die Beachtung folgender Bedingungen an: 1. Bei Beginn der Bauarbeiten sind der Bauleiter als auch der Besitzer des Neubaues verpflichtet, der Baubehörde mitzuteilen, welcher Maurermeister und Zimmermann die Bauarbeiten führen werden; 2. Der Handwerksmeister muß seine jedesmalige Anwesenheit auf dem Bau durch Einschreiben ins Baubuch eintragen; 3. Die Bauinspektion hat nachzuprüfen, ob die Bauarbeiten durch entsprechende Fachkräfte durchgeführt werden. (a)

Das Bauprogramm im Lodzer Kreise.

Wie der Starost des Lodzer Kreises mitteilt, wird die Baubewegung im Lodzer Kreise in diesem Jahre in größerem Umfang als bisher geführt werden. Die Bauarbeiten werden unter ausgiebiger Beihilfe des Arbeitsfonds, der Landeswirtschaftsbank sowie der Gesellschaft zur Förderung von Volksschulbauten geführt werden: Neue Schulbauten sind in diesem Jahre in Ruda-Pabianicka, Radogoszcz, Kaly und Chojny vorgesehen. Weiter werden Regulierungsarbeiten am Fluß Ner geführt werden, die Chausseen instand gesetzt und die Strecke Rzgow—Tuszyn neu gepflastert werden. Außerdem wird von Lodz nach Strykow eine neue Chaussee gebaut werden. Der Konservierung der alten Wege wird in diesem Jahre geringere Bedeutung beigemessen werden, da das Hauptgewicht auf die neuen Wegebauten gelegt werden wird. (a)

Die Untersuchung des Brandes der Fabrik von Greenwood

Gestern erschien in der abgebrannten Fabrik in der Sienkiewicza 58 eine spezielle Untersuchungskommission, um die Brandursache festzustellen. Die Kommission stellte fest, daß das Feuer durch Kurzschluß oder durch eine elektrische Entladung im Transformator entstanden ist. Dieser Transformator war die Feiertage über seit Sonnabend abend tätig. Ein Funke aus dem Transformator konnte auf Baumwollapen gefallen sein, die Feuer fingen und die übrigen Abfälle in Brand setzten. Der Monteur, der das Feuer bemerkt hatte, schaltete zwar die Stromzuleitung zum Transformator aus, doch war dies bereits zu spät. Infolge des Brandes sind 100 Arbeiter beschäftigungslos geworden. (a)

Blutige Hochzeit.

Bei dem Andrzej Sobczyk, Lagiewnicka 71, wurde Hochzeit gefeiert. Es kam zwischen den Gästen zu einer Schlägerei. Hierbei wurde der Wohnungsinhaber durch Schläge mit einer Axt schwer verletzt und er mußte in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden.

Unfall bei der Arbeit.

In der Firma J. John, Petrikauer 217, geriet der daselbst beschäftige und Czenstochowska 10 wohnhafte Josef Kulczewski mit der linken Hand in das Getriebe der Maschine, wobei ihm die Hand zermalmt wurde. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht.b (p)

Auf den Pfaden der Not.

Im Torwege des Hauses Nowomiejska 11 unternahm die Arbeitslose Genowefa Kuczynska, wohnhaft Lewa 28, einen Selbstmordversuch, indem sie Karbol trank. Die Lebensmüde wurde von der Rettungsbereitschtft in schwerem Zustande ins Radogoszczer Krankenhaus geschafft. — Der gestern in der Hypotecznastraße am Häuslerschen Park aufgefundene erhängte Mann erwies sich als der 52jährige A. Schmidt, wohnhaft Ks. Brzoskistraße 30. — Im Treppenflur des Hauses Kosciuszki 22 wurde ein etwa 4 Wochen altes Kind männlichen Geschlechts gefunden. Das Kind wurde ins Findelheim geschafft. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

J. Koprowski, Nowomiejska 15; S. Trawkowska, Brzezinska 56; M. Rozenblum, Srodmiejska 21; M. Bartoszewski, Petrikauer 95; H. Skwarczynski, Kontna 54; L. Czynski, Rokicinska 53.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Sitzung des Bezirksvorstandes.

Freitag, den 26. April, abends 7.30 Uhr, findet im Parteilokal eine Sitzung des Bezirksvorstandes statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist die Anwesenheit aller Mitglieder erforderlich.

Ortsgruppenkonferenz.

Freitag, den 3. Mai, findet im Lokale der Ortsgruppe Lodz-Süd, Lomzynskastraße 14, eine Ortsgruppenkonferenz statt. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Reorganisation der Ortsgruppen, 2. Beitragserhöhung.

Zur Teilnahme sind alle Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen berechtigt. Der Bezirksvorstand.

Exekutive des Vertrauensmännerrates.

Heute, 7.30 Uhr abends, im Lokale, Petrikauer 109, Sitzung der Exekutive des Vertrauensmännerrates Lodz.

Lodz-Süd, Lomzynska 14. Heute, 7.30 Uhr abends, Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner.

3 antifaschistische öffentliche Versammlungen

der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

in Ruda-Pabianicka Sonnabend, den 27. April 7 Uhr abends, im Parteilokal, Gorna-Straße 36

in Lodz-Chojny Sonntag, den 28. April, 10 Uhr vorm., im Lokal d. T.V. „Dombrowa", Tuszynska 17

in Konstantynow Sonntag, den 28. April, 4 Uhr nachm., im Parteilokal

Sprechen werden über das Thema: **„Vom Faschismus zur Knechtschaft und Kriegsgefahr"**

Genosse **Johann Kowoll,** Abgeordneter zum Schlesischen Sejm, sowie die Genossen Otto Heike, Wilhelm Zinser Adam Schmidt und Wilhelm Heidrich. — Deutsche Werktätige, erscheint zahlreich!

Der Bezirksvorstand der DSAP

Radio-Programm.

Donnerstag, den 25. April 1935.

Warschau-Lodz.

12.05 Kinderfunk 12.30 Schallplatten 13 Frauenfunk 13.15 Märchen 15.45 Schallplatten 16.10 Gesang 16.30 Vortrag 16.45 Violinmusik 17.15 Hörspiel 17.50 Sport 18 Arien und Lieder 18.30 Briefkasten 18.45 Schallplatten 19.25 Sport 20 Bunte Stunde 21 Orchester- und Gesangkonzert 22.15 Leichte Musik.

Kattowitz.

6.30 Wie Warschau 19.15 Literarische Plauderei 19.25 Wie Warschau.

Königswusterhausen (191 kHz, 1571 M.)

10.15 Volkslieder-Singen 11.30 Der Bauer spricht 12 Konzert 14 Allerlei 15.15 Jungmädelstunde 16 Konzert 19 Und jetzt ist Feierabend 20.40 Johann Sebastian Bach 23 Zeitgenössische Musik.

Breslau (950 kHz, 316 M.)

9.05 Schallplatten 10.15 Volkslieder-Singen 12 Konzert 14.10 Schallplatten 15.30 Kinderfunk 16.30 Konzert 20.10 Konzert 22.15 Schallplatten 23 Zeitgenössische Musik.

Wien (592 kHz, 507 M.)

12 Konzert 14 und 16.10 Schallplatten 15.40 Kinderstunde 16.50 Max Lilienau zum 70. Geburtstag 20 Wiener Operetten 21.30 Klaviermusik 23.40 Tanzmusik.

Die wichtigsten Sendungen am heutigen Tage.

Irene Gadejska und Mieczyslaw Szaleski. Am heutigen Nachmittagskonzert um 17.15 treten als Solisten die junge talentvolle Sopranistin Irena Gadejska und der hervorragende Virtuose Prof. Mieczyslaw Szaleski auf. Im Programm polnische und russische Kompositionen.

Lustiger Sketch. Das Theater „Wyobrazni" sendet heute um 18.15 Uhr einen lustigen Sketch unter dem Titel „Der Hund" für den Rundfunk, bearbeitet von Tschechow. Die überaus humorreiche Sendung hat als Grundlage den Kauf und Verkauf eines Rassehundes. Alle Rundfunkhörer dürften an diesem Sketch ihre helle Freude haben.

Die wichtigsten Sendungen am Donnerstag.

Roman Wraga im Rundfunkkonzert. Der bekannte Baßsänger Roman Wragt, der zu den ersten Kräften der Warschauer Oper zählt, tritt heute im Konzert des Warschauer Senders vor das Mikrophon. Der Sänger wird die Arie aus „Don Carlos" von Verdi, „Wotans Abschied" und „Feuerzauber" aus Wagners „Walküre" singen.

Reportage aus einem Salzbergwerk.

Die heutige Sendung um 17 Uhr umfaßt eine Reportage aus dem Salzbergwerk in Stebnik aus dem unteren Karpathengebiet. Dieses Bergwerk stammt noch aus dem Mittelalter, als noch auf primitive Art das Salz gewonnen, gewogen und in die Welt geschickt wurde. Wie es heute in dieser unterirdischen Grube aussieht und welche Reichtümer sie noch birgt, werden die Rundfunkhörer aus dieser interessanten Sendung erfahren

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Schaum oder Bewegung?

Die Jungdeutschen in der Politik.

Hat es einen Sinn, sich mit den sogenannten Jungdeutschen grundsätzlich auseinander zu setzen, die da angeben, eine Erneuerungsbewegung innerhalb des Deutschtums in Polen zu sein und sich die Bildung einer Volksgemeinschaft zum Zie setzen, welche durch Sammlung aller Deutschen in einem Gebilde, schließlich vom polnischen Wirtsvolk für die nationale Minderheit, die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung erlangen will? Niemand wird leugnen, daß die Zielsetzung etwas Begehrenswertes in sich birgt und es sich schon darum lohnt, einen harten Streit auszufechten. Wäre Politik eine so einfache Frage, so genügte der deutschen Minderheit diese Tatsache, um schließlich auch das Ziel zu erlangen. Aber wer sich bisher Mühe gegeben hat, einmal diese politischen Forderungen der Jungdeutschen zu erfassen und die Mittel zu erforschen, mit denen sie erreicht werden sollen, der wird vergeblich nach diesen Grundsätzen suchen. Die Wald- und Wiesenreden der jungdeutschen Agitatoren, die sich ausschließlich in der Verdammung alles dessen bewegen, was bisher das Deutschtum, sei es im bürgerlichen, sei es im sozialistischen Lager gewollt und politisch vertreten hat, zeigen auf Schritt und Tritt, daß es sich bei den Jungdeutschen überhaupt nicht um politische Zielsetzung handelt, sondern um eine Rebellion Unbefriedigter, bisher oft nicht einmal in der deutschen Bewegung bekannten Menschen, die durch einen Anreiz von jenseits der Grenzen, einfach glauben, diese Bewegung auch auf die deutsche Minderheit in Polen übertragen zu können.

Daß wir als Marxisten dabei uns der besonderen Fürsorge der Jungdeutschen erfreuen, liegt in der Natur der Sache begründet, denn dort, wo man bei den Jungdeutschen überhaupt mit politischen Forderungen auftritt, sind sie der sozialistischen Bewegung entlehnt. Was Wunder, wenn man gerade deshalb den Marxismus bekämpft, der lange vor den Jungdeutschen die Befreiung der Arbeiterklasse und damit auch des Mittelstandes als politische Forderung aufgestellt hat, die politische Gleichberechtigung aller Bürger als eine Selbstverständlichkeit fordert. Aber die Jungdeutschen finden auch im Bürgertum einen Konkurrenten, der ihrem Vorwärtsschreiten im Wege ist und da das Bürgertum immerhin eine Vergangenheit hat und politisch im Raum des Gegebenen doch versucht hat, der deutschen Minderheit Rechte zu sichern, wird dieses Bürgertum jetzt von den Jungdeutschen unter Kreuzfeuer genommen und als eine Verfallserscheinung hingestellt, welche schuld ist, daß Not und Elend den deutschen Menschen treffen, ohne zu fragen oder wissen zu wollen, daß auch die breiten Massen des polnischen Volkes dem gleichen Schicksal durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung ausgesetzt sind. Sie sprechen von der Befriedigung der Wünsche der deutschen Minderheitsangehörigen, ohne sich auch nur entfernt die Frage vorzulegen, was aus den polnischen arbeitenden Massen wird, die das gleiche Schicksal tragen, von dem die deutsche Minderheit bedrückt wird.

Um die jungdeutsche Bewegung zu verstehen und sie zu begreifen, muß man allerdings auf die Tatsache hinweisen, daß das Bürgertum innerhalb des Deutschtums vollkommen versagt hat, weil es neben der polnischen Bevölkerung ein Eigendasein führte und mit dem Werden des Nationalsozialismus alle seine Tradition verraten mußte, um sich an die Geschehnisse im Dritten Reich anzupassen. Mit Recht konnten dann die Jungdeutschen dem deutschen Bürgertum vorwerfen, daß es keinen Charakter habe, politisch käuflich sei und daß es jetzt Aufgabe der Jungdeutschen ist, in dieser Mißwirtschaft innerhalb der bürgerlich-deutschen Organisationen und Genossenschaften eine Säuberung durchzuführen, zumal es kein Geheimnis ist, daß diese Organisationen zuweilen auf Hilfsquellen angewiesen waren, die in Deutschland zur Unterhaltung des Auslandsdeutschtums begründet worden sind. Dieses politische Versagen des bürgerlichen Deutschtums gab den Jungdeutschen den Auftrieb, der sie heute als politische Bewegung gelten läßt. Wir unterstreichen insbesondere, daß dieses Aufbegehren der Unbefriedigten nicht möglich wäre, wenn es das bürgerliche Deutschtum verstanden hätte, wirkliche Minderheitenpolitik zu treiben. Daß innerhalb der bürgerlichdeutschen Organisationen manches faul war, hat erst den Jungdeutschen jenes Material geliefert, welches sie zu einer „Erneuerungsbewegung" aufkommen ließ. Es war Tradition innerhtlb des bürgerlichen Deutschtums, daß man unter sich Posten verteilt, Lieferungen zukommen ließ, gemächlich auch die politische Führung einander zuschob und ohne Sorgen in die Zukunft blickte. Nun ist es mit einem Male anders geworden, denn die Wirtschaftskrise hat tausende junge deutsche Menschen ohne Beschäftigung gelassen, junge Intellektuelle ohne eine Aussicht auf Anstellung, und da kam aus dem Reich ein Fanal, welches alles alte stürzen und der Jugend das bieten sollte, was ihr bisher die Alten versagt haben.

Arbeit beschaffen, Unterstützung gewähren, dazu die Möglichkeit politisch zu führen, das waren Ziele, die bisher unerreichbar schienen, und nun hat der Nationalsozialismus Hitlerischer Prägung alle diese Wunschgebilde in Polen aufgenommen und möchten eine Welt erobern, die den Alten versagt geblieben ist. Wir Sozialisten gingen von vornherein andere Wege. Wir waren uns bewußt, daß der deutschen Minderheit nie andere Rechte zuteil werden, die nicht bereits auch schon die polnischen arbeitenden Massen besitzen. Die nationalen Gegensätze, verschärft durch bestehende Rassenfragen, lassen in Polen keine bürgerliche Partei wirken, die auf die Gleichberechtigung aller Bürger hinzielen kann. Nur den Sozialisten ist eine solche Politik der Gleichberechtigung möglich, weil sie aus Erkenntnis der politischen Situation wohl wissen, daß der Kapitalismus der Hauptfeind ist, den es zu bekämpfen gilt. Darum mußte die Politik der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft andere Wege gehen, sie mußte zwangsläufig Anschluß an die Partei suchen, die weder nationale Bedrückung, noch Rassenunterschiede kennt, weil sie Jahrzehnte in Kämpfen um die nationale und soziale Befreiung gestanden des eigenen Volkes gestanden hat und darum auch für die nationalen Belange anderer Volksteile Verständnis hat. Und weil wir Anschluß durch die polnische Arbeiterklasse gefunden haben und auch am Fortschritt der ganzen polnischen Nation interessiert sind, versucht man, uns als Verräter am Volkstum hinzustellen.

Wir haben eingangs erwähnt, daß die Jungdeutschen aus der Unzufriedenheit erwachsen sind, die das deutsche Bürgertum verursacht hat, daß sie das Sammelbecken aller Unzufriedenen sind, die oft nicht einmal das Geringste mit der deutschen Minderheit zu tun haben, daher können sie als ein Machtfaktor nicht in Frage kommen. Solange der Spuk des Nationalsozialismus im Dritten Reich währt, werden sie mit Trompetenschall und Verleumdung einige Zeit ihr politisches Handwerk treiben, aber vor die Tatsache gestellt, auch politische Ziele zu verwirklichen, muß dieser Schaum versagen, und eines schönen Tages läuft die jungdeutsche Bewegung auseinander, wie ein Sumpf eines Tages austrocknet, um Besserem Platz zu machen. Was in dieser Bewegung aber ernsthaft sozialistisch fühlt, was nicht geleugnet werden soll, muß zwangsläufig zur sozialistischen, marxistischen Bewegung stoßen. Unsere Aufgabe ist es aber, in dieser Zeit, auf diesen politischen Schaum innerhalb der jungdeutschen Bewegung hinzuweisen, um die Kräfte zu sondern, die das Deutschtum zu erhalten sich zum Ziele gesetzt hat. Es würde zuweit führen, heute sich auch mit dem Zerfall des deutschen Bürgertums auseinandersetzen, dem soll ein weiterer Aufsatz gewidmet sein. Wie in Deutschland das Bürgertum jämmerlich versagt hat und von der politischen Bildfläche verschwand, um der braunen Partei Platz zu machen, die marxistische Bewegung aber nur mit Gewalt beseitigt werden konnte, so wird auch der jungdeutsche Schaum verschwinden, weil er doch nur aus dem bürgerlichen Sumpf entstanden ist, und die deutsche Arbeiterschaft wird der berufene Erbe und Wahrer des deutschen Volkstums in Polen sein. Wer sich ins Völkische begibt, um etwas zu retten, verliert den Boden unter den Füßen, die politische Wirklichkeit und wandert ins Nichts, weil am Ausgang des Nationalismus die Katastrophe steht. Und dieser sind die Jungdeutschen am nächsten!

Der „Siegeszug" der Jundeutschen.

Bei den Wahlen zur Generalversammlung des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien haben die Jungdeutschen einen „durchschlagenden" Sieg erfochten; es ist ihnen mit Skandal und Trompetenschall gelungen, die Alten zu verdrängen und ihre „Mannen" als Delegierte durchzusetzen. Wir haben im „Volkswille" über dieses Volkstum im Hitlergeist ausführlich berichtet. Böse Zungen behaupten, daß es in den Bezirkstagungen des Deutschen Volksbundes ziemlich hoch herging, es wimmelte nur so von Lumpen, Verleumdern und alten Bonzen, und wenn auch die Jungdeutschen „ehrenhalber" vorher Kompromisse mit den Alten abschlossen, so schwenkten sie dann auf 90 Prozent um, indem die Kompromisse abgelehnt wurden und Listen nur mit Jungdeutschen besetzt worden sind. Sie haben jedenfalls gezeigt, daß „Ehrenworte" das Mark deutscher Treue sind.

Warum der ganze Klamauk, wird man mit Recht fragen, wenn doch nur einige Ersatzmänner zum Verwaltungsrat gewählt werden sollen, denn die Ulitz und Konsorten haben für die nächsten drei Jahre bereits im Volksbund die verantwortlichen Posten besetzt. Die Jungdeutschen scheinen also sich über den Charakter der Postenbesetzung im Deutschen Volksbund nicht ganz im klaren zu sein, denn sie mögen alle Vertrauensmänner besitzen, Ulitz und Anhang werden sie nicht aus dem Sattel heben, denn deren Aemter sind von ganz anderen Stellen und Quellen abhängig, auf die die Jungdeutschen trotz ihrer Beziehungen zum Grafen Y. V. W. keinerlei Einfluß haben. Es herrscht hier Tradition und „Pöbel" läßt man außerhalb der Verantwortung stehen. Es genügt den maßgebenden Instanzen, wenn die Jungdeutschen in „Erneuerung" machen und recht viel Skandal machen, damit die Alten nicht erneut ganz in Schlaf verfallen, aber auf die Posten kommen sie nie, dafür wird schon gesorgt. Wenn die „Volksgemeinschaft" werden soll, dann wird man sie schon kommandieren, wie dies bei den Gewerkschaften, bei der Charitas, den Angestellten der Fall gewesen ist und die Jungdeutschen haben nur das zweifelhafte Vergnügen, mitzumachen oder draußen zu bleiben.

Oberschlesien.

Ein Sieg des Bergarbeiterverbandes auf der Grube „Louisenglück".

In diesen Tagen fand die Wahl für die Betriebsräte und Vertrauensmänner auf der Kohlengrube „Louisenglück" statt.

Auf dieser Grube haben die Bergarbeiter einen mehrwöchigen heldenhaften Kampf um die Erhaltung der Arbeitsstätte geführt. Bis zum Ausbruch des Streiks hatte auf dieser Grube der regierungsparteiliche 333-Verband den größten Einfluß. Während des Streiks ließ der 333-Verband die Streikenden im Stich und überließ sie ihrem Schicksal. Der Zentralverband der Bergarbeiter brachte dann den Streik zum erfolgreichen Abschluß. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Bergarbeiter den verräterischen 333-Verband verließen und in den Zentralverband der Bergarbeiter übergingen.

Bei der Wahl lagen zwei Kandidatenlisten vor, und zwar vom 333-Verband und vom Zentralverband der Bergarbeiter. Stimmberechtigt waren 84 Arbeiter, die sich alle an der Wahl beteiligten. Das Wahlresultat war folgendes: Liste 1 Zentralverband 62 Stimmen und 4 Mandate, Liste 2 Sanacjaverband 22 Stimmen und 1 Mandat.

Die Bergarbeiter von der „Louisenglück" haben auf diese Weise dem Sanacja-Verband die beste Antwort gegeben.

Sport.

Box-Veranstaltung für die Ueberschwemmten.

Am Sonntag finden im Lodzer Städlischen Theater Boxkämpfe zugunsten der Ueberschwemmten in Kleinpolen statt, die vom Lodzer Bezirksboxverband organisiert werden. Das Protektorat über diese Veranstaltung hat der Lodzer Stadtstarost Dr. Wrona übernommen. Der „Clou" des Tages dürfte die Begegnung zwischen dem Oberschlesier Swirk und Chmielewski sein. Außerdem sollen nachstehende Paare kämpfen: Gotfried — Zellmer, Spodenkiewicz — Cyran, Leszczynski — Fagot, Frank — Wozniakiewicz, Aniola — Banasiak, Arczykowski — Seidel und Blibaum — Kraszewski. Beginn der Kämpfe um 11 Uhr vormittags.

Ruch spielt in Lodz gegen LKS.

Am Sonntag steigt in Lodz das Ligaspiel zwischen LKS und Ruch. Die Oberschlesier befinden sich, obwohl die Saison erst begonnen hat, bereits in großerForm, wovon ihr Sieg über die Düsseldorfer „Fortuna" am besten Zeugnis ablegt. Das Spiel wird Walczak aus Warschau leiten. Am selben Tage finden noch nachstehende Ligaspiele statt: Warszawianka — Warta, Cracovia — Pogon und Slonsk — Polonia.

Polens Tennisspieler spielen in Berlin.

Die Tennisspieler der Warschauer Legja Hebda, Tloczynski und Tarlowski begeben sich heute mit einem Flugzeug nach Berlin zu einem Tennistreffen mit dem Berliner Klub Rot-Weiß.

Legias Tennisspieler siegen über All England-Club 5:4.

Sonntag und Montag weilten in Warschau bei der Legja die Tennisspieler des All England Club, um an beiden Tagen einen Tenniszweikampf auszutragen. Die Begegnung endete mit einem knappen 5:4-Siege der Warschauer, was aber als ein großer Erfolg für den polnischen Tennissport anzusehen ist. Ausgezeichnet in Form waren Hebda und Tarlowski, dagegen versagte Tloczynski.

Die Genfer Warnung.

In einem Warnung überschriebenen Leitartikel verweist das sowjetrussische Hauptorgan „Iswestija" auf das ständige ablehnende Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem Versailler Vertrag, warnt aber Deutschland nach der Zerstörung des finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Teiles dieses Vertrages vor weiteren Versuchen, durch einseitige Akte den europäischen Status quo zu übertreten und die Menschheit einem neuen Vernichtungskrieg auszusetzen. Alle dem Völkerbund angehörigen Mächte haben in der in Genf gefaßten Resolution die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Verteidigungsmaßnahmen gegen einen deutschen Versuch der Uebertretung des Friedens zu ergreifen. Das faschistische Deutschland habe die Mittel zur Einschüchterung der Nachbarn zur Verfügung, aber bereits Bismarck warnte vor der Ueberschätzung der sogenannten „unwägbaren Elemente" in der Politik. Zu solchen unwägbaren Elementen könne man im Prüfungsfall Millionen Tonnen Stahl und Millionen Menschen rechnen, die bereit seien, aus allen Kräften den Frieden zu verteidigen. Die Kraft dieser öffentlichen Meinung ist heutzutage derart groß, daß sie sogar Mächte, wie Polen, bewog, wenigstens bei der Abstimmung sich der Warnung anzuschließen. Die Sowjetunion habe die Resolution des Völkerbundrates nicht aus Feindseligkeit gegenüber dem deutschen Volk unterstützt, sondern ausgehend von ihrer unveränderlichen Friedenspolitik. Das Blatt schließt: Wenn die deutsche Regierung die Bedeutung dieser Warnung begreifen wird, wenn sie verstehen wird, daß jeder ihrer Schritte auf dem Wege des Angriffes nur das Streben der anderen Völker zur Schaffung gemeinsamer Verteidigungsmittel verstärken wird, wird sie hieraus die Schlußfolgerungen ziehen müssen, die in einer Teilnahme an der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems nicht nur in Worten bestehen dürfen.

Die Bilanz der Genfer Tagung wird vom Pariser „Temps" folgendermaßen gezogen: Wieder einmal sind die Deutschen enttäuscht, weil sie von der nationalsozialistischen Presse irregeführt wurden, die sie über die wahre Haltung der Regierungen im unklaren ließ. Sie täuschten sich über die Anschauungen Englands ebenso, wie über den Geist, der im Völkerbundrat herrschte. Sie täuschten sich sogar über die wirklichen Sorgen Polens, das sich in seinem Votum dem internationalen Gewissen anschloß. Es hängt nun nur von Deutschland ab, ob sich das System der kollektiven Sicherheit mit Berlin oder ohne Berlin verwirklicht.

Der deutsch-schweizerische Konflikt.

Deutschland kann Arbitrage über Jacob nicht ablehnen.

Paris, 23. April. Der Schweizer Bundesrat für Auswärtige Angelegenheiten Motta betonte im Gespräch mit einem Redakteur des „Petit Parisien" über die Entführung des Journalisten Jacob, daß, falls Deutschland es definitiv ablehnen würde, dem im deutsch-schweizerischen Vertrage vorgesehenen Arbitrageverfahren beizutreten, eine Situation von gesteigerter Bedeutung entstehen würde. Er sagt: „Deutschland kann das Arbitrageverfahren nicht ablehnen, es würde sich dadurch so bedeutende moralische Fehler zuschulden kommen lassen, daß es nach meiner Meinung unnötig ist, darüber Erwägungen anzustellen". Auf eine Bemerkung des Journalisten, daß Deutschland beispielsweise nicht gezögert habe, die Verbindlichkeiten des Versailler Friedensvertrages zu verletzen, entgegnete Motta, daß das, rein rechtlich gesehen, nicht das gleiche sei. Deutschland führte zur Verteidigung seines Schrittes vom 16. März den Milderungsgrund an, daß es den Versailler Vertrag gegen seinen Willen angenommen habe, während der deutsch-schweizerische Vertrag vom Jahre 1921 frei und ohne jeden Druck unterschrieben wurde. Deshalb kann Deutschland die Arbitrage nicht ablehnen.

Eine Schweizer Ansicht.

In der „Neuen Zürcher Zeitung" lesen wir: „Man wird in der Schweiz gut tun, sich klar zu machen, welche Gefahr die nationalsozialistische Ideologie gerade für die Schweiz in sich bürgt . . . Gerade heute, da der Nationalsozialismus wahre Orgien feiert, Blut und Rasse zu Göttern erhoben werden, ist es eine vornehme Aufgabe der Schweiz, den Beweis zu erbringen, daß es noch eine höhere Volksgemeinschaft gibt als nur die Blutsgemeinschaft, eine Volksgemeinschaft, die verschiedene Rassen und verschiedene Sprachen in sich birgt."

Die Bibel die „größte Schundliteratur".

In Oldenburg hat sich der evangelischen Bevölkerung große Entrüstung wegen eines Ausspruches des Statthalters Roewer bemächtigt, der in einer Versammlung erklärte, die Bibel sei die größte Schundliteratur.

Antifaschistische Entschließung des britischen Journalistenverbandes.

Der englische Journalistenverband hat im Laufe der gegenwärtigen Jahrestagung mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der die unfreundliche Haltung des Faschismus gegenüber der Presse gebrandmarkt und die Mitglieder der Organisation aufgefordert werden, die faschistische Gefahr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. In der Diskussion wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß der Faschismus, wo er zur Macht gelangt, die Verbreitung der Presse erschwert, Zeitungen unterdrückt und die Unabhängigkeit der Journalisten fast völlig beseitigt.

Hungermarsch Streikender.

Mexiko-Stadt, 23. April. 800 streikende Arbeiter der Ampa Mining Co. haben von Ahualuleo im Staate Jalisco aus einen Hungermarsch nach Mexiko-Stadt angetreten. Die Streikenden haben die Absicht, Präsident Cardenas aufzusuchen und ihn zum Eingreifen in ihrem Konflikt mit den Unternehmern aufzufordern.

3125 Tote auf Formosa.

10 500 Verletzte. — 36 000 Häuser zerstört.

Aus Tokio wird gemeldet: Ueber das furchtbare Erdbeben auf der Insel Formosa liegt inzwischen ein neuer Bericht vor. Danach fanden 3152 Menschen den Tod, während die Zahl der Verwundeten rund 10 500 beträgt. Rund 36 000 Häuser sind ganz oder teilweise zerstört worden.

Der Kaiser von Japan hat einen besonderen Vertreter nach Formosa entsandt, der die Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen in die Wege leiten soll.

Eisenbahnunglück: 50 Verletzte.

Aus Mexiko wird gemeldet: Der Eisenbahnzug Tolucu-Mexiko Stadt stieß am Dienstag 19 Kilometer vor der Hauptstadt mit einer aus Mexiko Stadt kommenden Lokomotive zusammen. Bei dem Unglück wurden über 50 Personen verletzt, davon 12 schwer.

Kinobrand mit Menschenopfern in Tschechisch-Schlesien.

Aus Mährisch-Ostrau wird gemeldet: Im Städtchen Trzynce in Tschechisch-Schlesien ereignete sich in dem örtlichen Kino ein schweres Unglück. Es erfolgte eine Explosion, wobei der Film Feuer fing. Der Brand erstreckte sich auf das ganze Kino. Der Filmoperateur Embacher fand den Tod in den Flammen, zwei Gehilfen erlitten schwere Verletzungen.

Schnee und Ueberschwemmung in der Sowjetunion.

Moskau, 23. April. Nach mehreren Frühlingstagen fiel gestern den ganzen Tag in Moskau Schnee, wobei sich das Wetter am Abend zu einem Schneesturm entwickelte. Auch die südlich von Moskau gelegene Stadt Poltawa ist vom Schneesturm heimgesucht worden.

In den südwestlichen Bezirken der Sowjetunion regnete es dagegen sehr stark, so daß der Dniepr über die Ufer trat. Die Stadt Kiew und die niedriger gelegene Umgebung ist überschwemmt worden.

Opfer der Berge.

Während der Osterfeiertage stürzten in den österreichischen Bergen fünf Personen tödlich ab.

Eine Frau aus dem Gefängnis entführt.

Eine verwegene Entführung ereignete sich im Bezirksgericht Hallein in Salzburg. Zwei unbekannt gebliebene Männer drangen mit Masken und vorgehaltenen Revolvern in das Gerichtsgebäude ein, erzwangen sich den Zugang zu den Zellen des Gefangenenhauses und erbrachen dort eine Zelle, in der sich drei weibliche Häftlinge befanden. Sie nahmen eine der Frauen namens Mizzi Maier mit und entkamen unbehelligt.

Flugzeuge verfolgen Bankräuber.

Aus Buenos Aires wird gemeldet: Auf eine Bank im Hafen von Santa Cruz haben Räuber einen Ueberfall verübt. Sie verletzten hierbei den Leiter der Bank und seine Frau. Den Räubern ist eine Viertelmillion Pesos in die Hände gefallen.

Die Verfolgung der Räuber ist wegen großer Schneeverwehungen sehr schwierig. Man hat deshalb mehrere Flugzeuge eingesetzt.

Aus dem Reiche.

Bauernwagen von einem Zuge überfahren

Zwei Tote.

Zwischen den Stationen Golombki und Wlochy bei Warschau wurde ein Bauernwagen, auf welchem zwei angeheiterte Männer saßen, von einem Eisenbahnzug überfahren. Die beiden Männer erlitten den Tod auf der Stelle, das Fuhrwerk wurde zertrümmert. Die Namen der Toten konnten nicht ermittelt werden, da sie keinerlei Papiere bei sich hatten.

Angesehene Landwirtssöhne als Raubmörder.

Am Mittwoch vor den Feiertagen verschwand in Szydlow, Kreis Konskie, der Beamte des dortigen Gemeindeamtes Josef Gomulkiewicz. Die Nachforschungen blieben anfänglich ohne Ergebnis, bis man Gomulkiewicz auf einem frisch gepflügten Feld vergraben vorfand. Er war ermordet worden. Als Mörder wurden die Söhne angesehener Landwirte von Szydlow, der 25jährige Adam Schlesinger und der 27jährige Sohn des Organisten der katholischen Kirche Mieczyslaw Pajonk festgestellt und verhaftet. Die beiden wußten, daß Gomulkiewicz eine größere Summe Geldes bei sich hatte und überfielen ihn am Mittwoch abend auf dem Nachhauseweg, wobei sie ihn mit Messern niederstachen. Den Schwerverletzten schleppten sie dann in den Flur des Schlesingerschen Hauses, wo sie ihn dann vollends erschlugen und beraubten. Darauf schleppten sie die Leiche aufs Feld, wo sie sie in ein bereits ausgegrabenes Loch warfen und mit Erde zuschütteten. Am nächsten Tage wurde diese Stelle frisch gepflügt, um die Spur zu verwischen. Die Mörder raubten ihrem Opfer 800 Zloty und eine goldene Uhr.

Petrikau. Polizeirazzia. In Petrikau und der nächsten Umgebung wurde eine große Polizeirazzia durchgeführt, wobei insgesamt 350 Haussuchungen durchgeführt wurden. 9 verdächtige Personen wurden verhaftet.

Kalisch. Vom Flügel einer Windmühle erschlagen. Im Dorfe Bliznow, Gemeinde Brudzew, Kreis Kalisch, ereignete sich ein tragisches Unglück. Das anderthalbjährige Söhnchen eines Landwirtes, Jan Pasik, spielte in der Nähe der Windmühle. Dabei kam der Knabe den Flügeln der Windmühle zu nahe und ein Flügel zertrümmerte ihm die Schädeldecke. Nach wenigen Augenblicken war der Knabe tot. (a)

Kolo. Zwei Großfeuer. Ein Großfeuer wütete im Dorfe Lutomirow, Gemeinde Kozmin, Kreis Kolo. Hier kam auf dem Anwesen des Josef Sliwinski Feuer zum Ausbruch, wobei die Flammen auf drei weitere Anwesen übergriffen, die sämtlich vom Feuer vernichtet wurden. Insgesamt brannten 14 Wohn- und Wirtschaftsgebäude nieder. Der Schaden beläuft sich auf 32 000 Zloty. Das Feuer ist durch einen schadhaften Kamin entstanden. — Ein zweites Feuer brach im Dorfe Kielczew-Gorny, Gemeinde Krzykosy, Kreis Kolo, auf dem Anwesen des Stanislaw Pusty aus, wobei alle Gebäude des Anwesens eingeäschert wurden. Die Untersuchung ergab, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist. Als der Brandstiftung verdächtigt wurde der Besitzer des Anwesens Pusty verhaftet.

Der neue Arbeitsvertrag mit Lehrlingen.

Das neue Gesetz über das Gewerberecht verbietet die Beschäftigung von Lehrlingen in der Industrie und im Gewerbe ohne Entlohnung und verbietet auch die Entgegennahme irgendeines Entgelts durch den Lehrmeister. Da die früheren Lehrverträge diese Bedingungen nicht enthielten, hat der Verband der Handels- und Industriekammern mit Bewilligung des Ministeriums für soziale Fürsorge einen neuen Text der Lehrverträge für Lehrlinge in Industrie und Gewerbeunternehmen ausgearbeitet, der dem Geist des neuen Gesetzes entspricht. Gleichzeitig hat das Ministerium für soziale Fürsorge den Arbeitsinspektoren aufgetragen, bei ihren Inspektionen darauf zu sehen, daß die Lehrverträge schriftlich niedergelegt und bei der zuständigen Handels- und Gewerbekammer bzw. bei der Handwerkerkammer registriert werden.

Kursnotierungen.

Geld.			
Berlin	213.50	Paris	34.97
Danzig	173.05	Prag	22.15
London	25 74	Schweiz	171.60
Neuyork	5.28	Wien	— —
		Italien	44.10

Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich.
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 3.—, wöchentlich Zloty —.75; Ausland: monatlich Zloty 6.— jährlich Zloty 72.—.
Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H.
Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel.
Hauptschriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe.
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Heike
Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer 101

Eduard und Henriette

Roman von Hans Hülsen

(36. Fortsetzung)

Ob sie den Baron Barda sprechen könnte? — Kurze Antwort einer gleichgültigen, geschäftsmäßigen Stimme: Sei abgereist.

Zögernd legte sie den Hörer auf die Nickelgabel — sie wußte nicht recht: war sie erfreut oder enttäuscht?

War er abgereist — überlegte sie —, so mußte er im Laufe des Nachmittags hier sein; auch wenn er, aus irgendwelchen Gründen, den großen Umweg mit der Bahn machte. Sie ärgerte sich, daß sie ihn nicht gefragt hatte, wann er abgereist sei.

Er war bis zum Abend nicht da. Um neun Uhr ging sie schlafen, weil sie keine Hoffnung mehr hatte und sich längst unaussprechlich langweilte.

Aber am nächsten Morgen hatten die Zweifel sie ganz überschwemmt, ihr ganzes Wesen war voller Unruhe. Sie hatte angstvoll bang geträumt, daß ein Schatten ihr immer mehr entgegenwachse, wie der Schatten eines großen Berges beim schnell sinkenden Tageslicht. Eins war sicher: es war eine Katastrophe auf jeden Fall. Entweder hatte Kraus doch das verwegene Spiel durchschaut, das Egon mit ihm spielte — und das sie im Herzen nie, nie gebilligt!, — und mit brutaler Hand zugegriffen, als er ihn im „Seeblick" fand (merkwürdig, sie fühlte bei diesem Gedanken fast etwas wie Achtung vor Kraus!): was war dann mit Egon? War er verhaftet? Saß er im Gefängnis? Unklare Vorstellungen wüsteten in ihrem Kopfe. Die Mitteilung am Telephon hatte so kurz geklungen, kurz und sonderbar.

Als vor ihr dieser Gedanke in seiner ganzen Furchtbarkeit sich ausbreitete, dachte sie die zweite Möglichkeit, die nur erst wie ein Wölkchen über den Horizont getaucht war, gar nicht zu Ende. Egon in Gefahr! Das warf alles andere über den Haufen, das rief sie unmittelbar zum Handeln auf!

Sie lief zum Portier, ließ sich, unerfahren wie sie war, beraten, auf welche Weise sie am schnellsten nach Meersburg kam — Auto schied aus, war zu teuer! —, hinterlegte einen Brief an Baron Barda, für den Fall, daß er während ihrer Abwesenheit doch noch einträfe und ließ sich, ohne nur Mittag gegessen zu haben, vom Zwölf-Uhr-Dampfer an dem schönen, herbstbunten Ufer des Bodensees entlang tragen. Ueber Friedrichshafen erhob sich gigantisch der Silberfisch des Zeppelin. Da sie in Meersburg den Fuß auf die Schiffsbrücke setzte, stimmte es ihr Herz wehmütig, alle die Stätten wiederzusehen, auf denen sie noch vor wenigen Tagen so glücklich umhergegangen war — mit ihm! Sie stieg zum Hotel „Seeblick" hinauf.

Der Portier mit seiner Tressenmütze, die er keineswegs zog, machte einige Redensarten, die ihr sonderbar verlegen vorkamen: Er wisse nicht — er erinnere sich nicht genau — er könne nicht sagen — Schließlich entfernte er sich und kam mit dem Empfangschef zurück.

Der bat sie höflich einen Augenblick in sein Büro. Sie folgte ihm verwundert und mit unsicherem Gefühl. Sein elegant geschnittener Gehrock und die diskret gepunktete Krawatte gaben ihm etwas Hoheitsvoll-Ueberlegenes, was sie nicht gespürt hatte, solange sie an Egons Seite gewesen war.

„Gnädige Frau", sagte er, als sie im Lederstuhl neben dem Schreibtisch Platz genommen hatte, „es gehört zu den Grundsätzen unseres, wie aller guten Häuser, uns um die persönlichen Angelegenheiten unserer Gäste nur so weit zu kümmern, wie nötig ist, um ihnen alles bieten zu können, was ihr Behagen erhöht. Wenn ich heute und in Ihrem Fall eine Ausnahme von dieser Regel mache, so bitte ich mir glauben zu wollen, daß es nur in Ihrem Interesse geschieht. — Der Herr, nach dem Sie fragen, wohnt nicht mehr hier. Ich füge hinzu, er würde hier auch nicht mehr wohnen, wenn er es nicht vorgezogen hätte, von selber abzureisen."

„Was — heißt das? rief Henriette. Sie war blaß bis unter die erst heute früh sorgfältig manikürten Fingernägel.

Einen Augenblick schwankte sie noch, ob sie nicht aufspringen und eine große Szene machen sollte — jählings schoß roter Zorn ihr in Stirn und Wangen —, aber sie fühlte sich viel zu unsicher dazu, vor der Ueberlegenheit da hinter dem Schreibtisch.

„Der Herr hat sich", sagte der Empfangschef, „einen Rang, einen Titel zugelegt, der ihm nach unsern zuverlässigen Erkundigungen nicht zukommt."

Henriette erbleichte von neuem.

„Er hat überdies Sie selber, gnädige Frau, einem unserer Gäste gegenüber als eine Fürstin Löwenkul-Sandern bezeichnet" — das ist nicht wahr!, schrie es in Henriette — „und sich damit selbst in Widerspruch zu den eigenen Angaben auf dem polizeilichen Meldezettel gesetzt. die übrigen — wahrscheinlich auch nicht vollkommen stimmen."

(Fortsetzung folgt.)

Theater- u. Kinoprogramm.

Stadttheater Heute 8.30 Uhr „Cyd"
Populäres Theater, Ogrodowa 18: Heute 8.15 Uhr Powrot do Grzechu
Capitol: Süß, der Jude
Casino: Der träumende Mund
Europa: A B C der Liebe
Grand-Kino: Chopins Abschieds-Walzer
Luna: Das lustige Kabarett
Metro u. Adria: Polizeimeister Antek
Miraż: Schwester Marta ist Spionin
Palace: Ich will nicht wissen, wer du bist
Przedwiośnie: Jungwald
Rakieta: Ein Stern fällt vom Himmel
Sztuka: Ein Lied für dich